



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 5. Juni 2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 8. Juni 2026

Fokusthema: **Bildung**

Der Zürcher Kantonsrat wird nach der Wahl eines Kommissionsmitglieds und der Abschreibung eines Postulats die Schlussabstimmungen zur Umsetzung der «Förderklassen-Initiative» und zu einer zeitgemässen Governance an Berufs- und Mittelschulen durchführen. Rasch behandelt werden dürften im Anschluss die Verselbstständigung eines Gymis und die Schaffung einer Kinderrechtskommission. Indes waren die Liberalisierung der Vorschriften zur Lehrmittelfreiheit und die PI zur Good Governance im Universitäts- und im Fachhochschulrat bereits auf Kommissionsstufe umstritten.

Postulat zur Gleichstellung von LGBTI-Menschen soll abgeschrieben werden

Häufig unumstritten ist die Abschreibung von Postulaten. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Auch das Postulat betreffend «Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation» dürfte am Montag abgeschrieben werden ([KR-Nr. 377/2020](#)). Allerdings ist unklar, ob es, wie von der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) mit 8 zu 7 Stimmen beantragt, direkt abgeschrieben wird. Die Regierung ist bereit, den Auftrag der kantonalen Fachstelle Gleichstellung mit einem eigenen Fachbereich LGBTQIA+ zu erweitern, weil eine spezialisierte Institution bisher fehlt. Die Kommissionsmehrheit unterstützt dies. Die Minderheit der Kommission (SVP, FDP) beantragt indes, das Postulat mit einer anderslautenden Stellungnahme abzuschreiben. Sie unterstützt zwar die Aufgabenzuteilung, ist aber der Meinung, dass dazu keine zusätzlichen Ressourcen nötig sind. Mit dem Vorstoss forderten SP, GLP, Grüne, Mitte und AL den Regierungsrat auf, aufzuzeigen, wie die Gleichstellung von LGBTI-Menschen gefördert und Massnahmen gegen Hasskommunikation entwickelt werden können.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

Minderheit: Susanne Brunner (SVP, Zürich), 079 210 77 54

Schlussabstimmungen zu «Förderklassen-Initiative» und Governance an Schulen

Keine langen Diskussionen sind in den zweiten Lesungen zur «Förderklassen-Initiative» und zu einer Gesetzesänderung für eine zeitgemässe Governance an Berufs- und Mittelschulen zu erwarten. In der sogenannten Redaktionslesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Der Kantonsrat ist in erster Lesung mit 117 zu 57 Stimmen auf die Umsetzungsvorlage zur «Förderklassen-Initiative» eingetreten und hat sie materiell durchberaten ([6052](#)). Der Rat ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Mit der Umsetzung der Initiative können die Klassenlehrpersonen die Verantwortung für Schülerinnen und Schüler (SuS) mit besonderen Bedürfnissen für mindestens ein Semester abgeben. Diese werden in der Förderklasse von heilpädagogisch geschultem Personal individuell gefördert. Mit 114 zu 59 Stimmen ist der Kantonsrat in erster Lesung auf eine Vorlage zur Änderung des Mittelschul- und des Berufsschulgesetzes eingetreten und hat die Vorlage materiell durchberaten ([5989](#)). Der Rat ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Die Gesetze sollen im Sinne einer zeitgemässen Governance geändert werden.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Filiale Hohlstrasse soll zur Kantonsschule Aussersihl werden

Keine lange Diskussion ist zu einer organisatorischen Änderung bei der Kantonsschule Wiedikon zu erwarten. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) folgt einstimmig dem Antrag des Regierungsrates, die Filiale Hohlstrasse der Kantonsschule Wiedikon zur Kantonsschule Aussersihl (KAS) zu verselbständigen ([6056](#)). Das Einzugsgebiet der Kantonsschule Wiedikon verzeichnet ein starkes Bevölkerungswachstum, sodass die Filiale Hohlstrasse bereits im Schuljahr 2027/28 mit 1700 Schülerinnen und Schülern voll ausgelastet sein wird. Das Bildungsangebot der Filiale unterscheidet sich klar von jenem der Kantonsschule Wiedikon. Die Umsetzung der laufenden Maturitätsreform beginnt im Schuljahr 2029/2030. Damit könnte der pädagogische Aufbau der KAS zu einem günstigen Zeitpunkt an die Hand genommen werden.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

«Kinderrechtskommission» soll UN-Kinderrechtskonvention umsetzen

Gestützt auf eine Petition des kantonalen Jugendparlaments hat die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) vor sechs Jahren ein Postulat eingereicht, mit dem Auskunft darüber gewünscht wurde, wie die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention im Kanton Zürich sichergestellt wird. Der Kantonsrat überwies in der Folge das Postulat an den Regierungsrat. Dieser anerkannte, dass es bei der Umsetzung der Kinderrechte Lücken gab und schlug vor, eine «Kinderrechtskommission» zu schaffen, die Kinder- und Jugendrechte gewährleistet. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) ist diesem Vorschlag gefolgt und beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Kinder- und Jugendhilfegesetz entsprechend anzupassen ([6038](#)). Die Kinderrechtskommission erhält einen umfassenden, den heutigen Begebenheiten angepassten Auftrag und löst die beiden bisher in je einem Teilbereich des Kinderschutzes tätigen Kommissionen ab: die Jugendhilfekommission und die Kinderschutzkommission. In Abweichung zum Vorschlag des Regierungsrates beantragt die KBIK für die Kommission eine maximale Mitgliederzahl von 11 Personen. Die KBIK-Mehrheit ist der Meinung, dass die Kinderrechtskommission dadurch operativ wirksamer wird und Fachpersonen Inputs auch durch Delegation einbringen könnten. Die Minderheit (SP, Grüne) folgt dem Antrag der Regierung auf maximal 15 Mitglieder. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Fachspezialisten direkt in der Kommission mitwirken könnten.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Minderheit: Lejla Salihu (SP, Winkel), 076 459 51 75

Lehrpersonen sollen mehr Freiheit bei der Wahl der Lehrmittel erhalten

Lehrpersonen sollen künftig geeignete Lehrmittel aus einer Liste auswählen können. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die Vorschriften zu den Lehrmitteln zu liberalisieren ([KR-Nr. 19/2022](#)). Die Forderung geht auf eine parlamentarische Initiative von FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois zurück, mit der eine «geleitete Lehrmittelfreiheit» gefordert wurde. Eine knappe Mehrheit der Kommission sieht keinen Grund für das Beibehalten obligatorischer Lehrmittel in den Kernfächern. Andere Kantone könnten sehr gut mit einer geleiteten Wahlfreiheit umgehen. Diese garantiere durch Vielfalt der Lehrmittel einen Qualitätswettbewerb und gestatte den Lehrpersonen, das für ihre spezifische Schulsituation geeignetste zu wählen. Nachdem mit HarmoS und dem Lehrplan die Ziele für die obligatorische Schule harmonisiert worden seien, sei der Anschluss an andere Schulen und Schulstufen garantiert. Eine Gefährdung des Zürcher Lehrmittelverlags (LMVZ) durch die neue Regelung sieht die Kommissionsmehrheit nicht. Die Minderheit der Kommission (SP, Grüne, Mitte, EVP) beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Neuregelung bringe keine Vorteile. Die Lehrpersonen hätten heute schon die Freiheit, zusätzliche Lehrmittel zu verwenden. Die bisherige Lösung garantiere den Anschluss bei Klassen- und Stufenwechsel durch das Verwenden derselben Lehrmittel. Es gebe in der Deutschschweiz keinen freien Markt, sondern ein Oligopol. Werde der LVMZ durch den Wegfall des Obligatoriums bei den Lehrmitteln für Kernfächer geschwächt, leiste das einer Monopolisierung Vorschub.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Minderheit: Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44

Keine gesetzliche Änderung der Governance im Universitäts- und Fachhochschulrat

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die eigenen parlamentarischen Initiativen (PI) betreffend «Begleiten, nicht leiten – Good Governance zum Ersten – im Universitätsrat» ([KR-Nr. 169/2024](#)) und «Begleiten, nicht leiten – Good Governance zum Zweiten – im Fachhochschulrat» ([KR-Nr. 170/2024](#)) abzulehnen. Mit den PI hatte die KBIK ursprünglich für den Universitäts- und den Fachhochschulrat eine moderne Governance gefordert. Insbesondere sollten Vorstehende der Bildungsdirektion (BI) nicht mehr das Ratspräsidium übernehmen dürfen. Die Kommissionsmehrheit lehnt die PI nun aber ab, da es wegen der Vertretung in eidgenössischen und interkantonalen Gremien sinnvoll sei, dass Vorstehende der BI weiterhin im Universitäts- und im Fachhochschulrat vertreten seien. Das System funktioniere gut, und eine andere Besetzung des Präsidiums sei bereits jetzt möglich. Der Preis einer Änderung im Verhältnis zum Nutzen sei zudem zu hoch, weil neu das Präsidium entschädigt und das Aktuariat aus der Bildungsdirektion ausgelagert werden müsste. Der Kommissionsminderheit (GLP, SP, Grüne) ist es wichtig, dass der heutige Interessenkonflikt gesetzlich gelöst wird. Das Präsidium eines wichtigen Gremiums dürfe nicht zwei Hüte tragen. Den Mehraufwand würde die Minderheit in Kauf nehmen.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61
Minderheit: Nadia Koch (GLP, Rümlang), 079 461 37 55

Wahl eines Ersatzmitglieds in die Berufsbildungskommission genehmigen

Sollte der Kantonsrat vor Sitzungsende dazu kommen, wird er die Wahl von Christian Zehnder in die Berufsbildungskommission genehmigen, wie es die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) mit 12 zu 3 Stimmen beantragt ([6067](#)). Christian Zehnder wurde Anfang Jahr vom Regierungsrat als Vertreter der Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeber für den Rest der Amtsdauer 2023–2027 für die aus der Kommission ausgeschiedene Anne Koller-Dolivo gewählt. Die Minderheit der Kommission (SP) genehmigt die Wahl wegen des für sie zu unausgewogenen Geschlechterverhältnisses nicht.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61
Minderheit: Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen), 076 520 02 44

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht die Wahl eines neuen Mitglieds der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) an ([KR-Nr. 181/2026](#)). Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Martina Novak (GLP, Zürich) als Nachfolgerin von Claudia Hollenstein vor. Der Wahlvorschlag ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12